

Antrag zur Durchführung einer Planungskonferenz zur Entwicklung des Blumenthaler Zentrums



Der Beirat Blumenthal möge beschließen:

Das Ortsamt Blumenthal wird aufgefordert, eine Planungskonferenz Gemäß § 8 Abs. 1 Beirätegesetz einzuberufen. Die Planungskonferenz soll unter dem Titel „Städtebauliche Verbesserungen im Blumenthaler Zentrum“ durchgeführt werden.

Der Beirat Blumenthal hat am 26. Februar 2015 auf Antrag der SPD-Fraktion folgenden Beschluss gefasst:

„Der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird aufgefordert, das alte Blumenthaler Zentrum zwischen den Straßenzügen Mühlenstraße ab Bahnübergang Küferstraße bis Kapitän-Dallmann-Straße, Kapitän-Dallmann-Straße ab Mühlenstraße bis Flethestraße, Lüder-Clüver-Straße ab Mühlenstraße bis Kaffeestraße, Landrat-Christians-Straße ab Kaffeestraße bis Weserstrandstraße, George-Albrecht-Straße und Emmalene-Bulling-Straße sowie Fresenbergstraße zwischen Flethestraße und Kaffeestraße zum Stadtumbaugebiet gemäß § 171 b Baugesetzbuch (BauGB) zu erklären und gemeinsam mit dem Beirat Blumenthal ein städtebauliches Entwicklungskonzept aufzustellen. Die erforderlichen Finanzmittel für Planung und Umsetzung sind im Haushalt zu fixieren.“

Leider ist bis heute nichts passiert, was mit den Beschlüssen des Beirats auch nur annähernd übereinstimmt.

Am 03. April 2017 hat der Beirat auf Antrag der SPD-Fraktion folgenden Beschluss gefasst:

„Der Beirat Blumenthal fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf zu veranlassen, dass Bebauungspläne, die älter als 20 Jahre sind oder deren Bebauung stark von der tatsächlichen Nutzung abweicht darauf hin überprüfen zu lassen, ob sie den heutigen Anforderungen an gutes Wohnen, gute Versorgung und Ansiedlung von Gewerbe noch genügen.

Dazu gehört:

- 1. Großflächige Gebiete, die nach § 34 BauGB bebaut wurden, werden mit einem Bebauungsplan versehen, damit Bauwillige eine gewisse Rechtssicherheit haben. Es kommt oft vor, dass Bauwillige, die mit einem Bauvorhaben beim BBN vorstellig werden mit dem Argument der Nichtgenehmigungsfähigkeit abgewiesen werden, weil kein Bebauungsplan vorhanden oder die Festsetzungen in den bestehenden Bebauungsplänen ihren Bauwünschen nicht entsprechen.*
- 2. Flächen, die von Gewerbe- in Wohnbauflächen umgewandelt wurden, werden in Ortsnähe durch andere neu auszuweisende Gewerbeflächen kompensiert (z.B. in Rekum oder das Tanklagergelände).*
- 3. Wohngebiete, die zurzeit nur eine eingeschossige Bauweise erlauben, werden dahingehend untersucht ob eine zweigeschossige Bauweise möglich ist. Bei einer akzeptablen Baulinienverschiebung und der dadurch gewonnenen Baufläche erspart dieses eine größere Ausweisung und Erschließung von Neubaugebieten und bauwillige Bremer können ihre Steuern weiterhin in Bremen zahlen und sind nicht genötigt ins niedersächsische Umland abzuwandern. Eine Flächennutzungsplanänderung ist für diese Maßnahme nicht notwendig.*
- 4. Zeitnah ist ein abstimmbares Konzept für den Blumenthaler Ortskern vorzulegen. Das Nahversorgungskonzept wird in diesem Teil Blumenthals kontinuierlich durch nicht genehmigte Umwandlungen von Gewerbefläche in Wohnbauflächen in Frage gestellt.“*

Auch hier gibt es bis heute keine Reaktion.

Daher soll jetzt diese Veranstaltung Klarheit schaffen, ob die Beschlüsse des Beirats überhaupt irgendwelche Resonanz erzeugen und ob und welche Inhalte umgesetzt werden können.

Die Prämisse und die thematischen Unterpunkte lauten wie folgt:

Damit das Ziel einer positiven Entwicklung des Blumenthaler Zentrums erreicht werden kann, ist aus Sicht des Beirats das Zusammenwirken aller beteiligten Akteure hinsichtlich Zustandsbeschreibung, Planung und Entwicklung sowie künftiger Umsetzungen in folgenden Teilbereichen notwendig:

- 1) **Stärkung des Einzelhandels** (Beteiligte Akteure: Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, VertreterInnen Blumenthal Center, Gewerbeverein Blumenthal aktiv e.V., Immobilien Bremen)
- 2) **Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten** (Beteiligte Akteure: Senatorin für Kinder und Bildung, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, VHS Bremen-Nord, Immobilien Bremen)
- 3) **Optimierung ÖPNV** (Beteiligte Akteure: Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, BSAG, Nordwestbahn)
- 4) **Verbesserung der Aufenthaltsqualität** (Beteiligte Akteure: Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (auch Amt für Straßen und Verkehr), Umweltbetrieb Bremen, Bauamt Bremen-Nord, Stadtteilinitiative Alt-Blumenthal, Blumenthal aktiv)
- 5) **Schaffung von Wohnraum, Überarbeitung von Bebauungsplänen** (Beteiligte Akteure: Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, BBN, GEWOBA, private Immobilienbesitzer, Immobilien Bremen)
- 6) **Bürgerserviceangebote im Blumenthaler Zentrum** (Beteiligte Akteure: Immobilien Bremen, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport (auch Amt für Soziale Dienste), Senator für Inneres (Stadtamt, Polizei), Senatskanzlei)

Die Planungskonferenz soll an einem Sonnabend noch in diesem Herbst stattfinden. Sie soll möglichst um 10 Uhr beginnen und spätestens um 15 Uhr beendet sein. Es soll eine Mittagspause geben, in der alle Teilnehmer ein kostenloses warmes Mittagessen bekommen.

Marcus Pfeiff, Ute Reimers-Bruns und die Fraktion der SPD

01.08.2017